

Überparteiliches Komitee lanciert formulierte Gesetzesinitiative «BLKB – die Bank fürs Baselbiet»

## **BLKB soll wieder auf das Kerngeschäft im Baselbiet fokussieren**

**Buckten, 20. November 2024 Die BLKB sorgt seit einiger Zeit mit risikoreichen Projekten (Radicant) und einem überzogenen Gestaltungswillen in gesellschaftspolitischen Themen für negativen Gesprächsstoff in Politik und Medien. Das führt zu einem Vertrauensverlust. Die Initiative will mit ihren Forderungen erreichen, dass die Bank ihren Fokus wieder auf das Kerngeschäft und auf das Baselbiet legt.**

Im morgigen Amtsblatt des Kantons Basel-Landschaft wird die formulierte Gesetzesinitiative «BLKB – die Bank fürs Baselbiet» publiziert. Urheber der Initiative ist ein überparteiliches Komitee, das in den kommenden Wochen die nötigen Unterschriften für ein Zustandekommen sammeln wird. Das Hauptanliegen der Initiative ist die Wiederherstellung des Vertrauens der Baselbieter Bevölkerung in «ihre» Kantonalbank.

Ein Logo-Streit mit dem Verband Schweizerischer Kantonalbanken, ein grandios gescheitertes Projekt mit dem Verkauf von Versicherungsprodukten, ein unzeitiger Verkauf der Beteiligung von Swissquote mit hohem entgangenem Buchgewinn (mehr als 200 Mio. Franken), ein Ausbau des Personalbestands im Bereich von 25 Prozent in sieben Jahren, eine im Vergleich mit anderen Kantonalbanken substantiell schlechtere Gewinnentwicklung, die plötzliche Reduzierung der Versicherungsleistung bei Erdbeben (sie unterstützte jahrelang einen Hypothekenabschluss), übertrieben progressive Positionen in den Bereichen Nachhaltigkeit und ESG, eine risiko- und aller Voraussicht nach verlustreiche Investition in die «grüne» Onlinebank Radicant – und eine negative Entwicklung des Zertifikatskurses und damit kein Mehrwert für Aktionäre in den letzten sieben Jahren. Die Liste mit Themen, die zu reden geben, ist lang.

Die Initiative will mit Anpassungen am Kantonalbankengesetz einen klareren politischen Auftrag formulieren, der eine unaufgeregtere und fokussierte Geschäftsführung der BLKB sicherstellt:

- **Fokus auf Dienstleistungen einer Regionalbank**  
(§2, Abs. 1: Forderung nach Positionierung als Regionalbank, Präzisierung der Dienstleistungen | Abs. 3: primärer Fokus auf die Bedürfnisse regionaler Kundengruppen)
- **Keine (Gesellschafts-)Politik aus der Bank heraus**  
(§2, Abs. 5: Forderung nach parteipolitisch unabhängigem, wertneutralem und zurückhaltendem Handeln in gesellschaftspolitischen Angelegenheiten)
- **Kostengünstige Strukturen für vorteilhafte bzw. günstige Gebühren und Zinsen, dazu gehört auch ein Masshalten bei der Entlöhnung**  
(§2, Abs. 6: Forderung nach schlanker Organisation, kostengünstigen Strukturen, administrativer Entlastung | §13, Abs. 3: Forderung, dass der höchste Lohn in der BLKB maximal das Doppelte eines Regierungsmitglieds sein darf)
- **Mehr Kompetenz und «mehr Baselbiet» im Bankrat**  
(§10 Abs. 3: Vetorecht des Landrats bei der Wahl von Bankräten | Abs. 4 & 5: Vorgaben zu Mindestqualifikationen von Bankräten | Abs. 6: Mehrheit des Bankrats soll im Baselbiet wohnen | Abs. 8: Landrat soll Bankräte abberufen können)
- **Angemessene Gewinne/Ausschüttung an den Kanton**  
(§4, Abs. 3 & 4: Klare Vorgaben zur Gewinnausschüttung bzw. zur Abgeltung der Staatsgarantie)
- **Förderprojekte nur im Kanton**  
(§2 Abs. 4: Vorgabe, dass Förderprojekte Nutzen im Kanton stiften sollen)
- **Mehr Mitsprache – «Interventionsmöglichkeiten» für den Landrat**  
(§8 Oberaufsicht, Abs. 3: Landrat soll zur Wahrnehmung der Eigentümerinteressen Untersuchungen einleiten können)

Das Initiativkomitee ist überzeugt, dass diese Gesetzesanpassungen der BLKB den Weg zurück in ruhigere Gewässer ebnen werden, in denen die Bank erfolgreich agieren und eine starke Partnerin für die Baselbieterinnen und Baselbieter sowie die regionalen Unternehmen sein kann.

Für das Initiativkomitee: Peter Riebli, Präsident